

1. Februar 2016

**Vertrag Mit Ditib Aussetzen**

Rede Zur Aktuellen Stunde

Jörn Kruse

Sehr geehrte Frau Präsidentin, Sehr geehrte Damen und Herren

Der HH-Senat und die Bürgerschaft hat mit den muslimischen Verbänden (genauer: mit DITIB, der SCHURA und dem Islamische Zentrum Hamburg (IZH), einen Staatsvertrag geschlossen. das war gut gemeint. Hamburg wollte nett sein. Man kann auch sagen: Es war naiv.

Einer der Vertragspartner, die DITIB, ist eine Institution des türkischen Staates. Man könnte auch sagen, es ist ein Werkzeug von Diktator Erdogan. Die DITIB ist eine von der türkischen Regierung (Diyanet) kontrollierte Organisation, deren Personal in der Türkei ausgebildet, nach Deutschland geschickt sowie vom türkischen Staat bezahlt wird.

Dies hat zur Folge, dass auch in Hamburg geduldet wird, dass türkische Beamte durch ihre Tätigkeit als Imame das Leben HH-Bürger entscheidend prägen, und zwar nicht nur religiös sondern auch politisch.

Dieser Befund wird auch von Experten wie der renommierten Islamwissenschaftlerin Susanne Schröter geteilt, die zu dem Schluss kommt, dass die Predigten der DITIB *„oft einen explizit politischen Charakter besitzen, die Propaganda der türkischen Regierung in die Moscheen exportiert.“*

Außerdem wurde bekannt, dass die DITIB im Auftrag der türkischen Regierung Spionage betreibt. DITIB-Generalsekretär Bekir Alboğa räumte gegenüber der Rheinischen Post ein, für Ankara spioniert zu haben.

Wie die Bundesstaatsanwaltschaft erklärt, die angesichts dieser Lage Ermittlungen gegen die DITIB eingeleitet hat, umfassen die Aktivitäten des Dachverbandes türkischer Moscheegemeinden vor allem die Übermittlung von Informationen über Personen, die dem Umfeld des in der Türkei als Staatsfeind gesuchten Fetullah Gülen zugeschrieben werden.

Ein anderer Vertragspartner, das Islamische Zentrum Hamburg (IZH), bekannt als Betreiber der schiitischen *Imam-Ali-Moschee*, an der Alster (*Blaue Moschee*), ist eine anti-semitische und extremistische Organisation.

Letztere Einschätzung stammt vom Hamburger Landesamt für Verfassungsschutz, das zu dem Schluss kommt, dass das IZH *„extremistische Bestrebungen verfolgt.“* Darüber hinaus stellt es fest, dass der Leiter des IZH,

Herr Ayatollah Dr. Reza Ramezani, die Überzeugung vertritt, *Säkularismus und Laizismus seien nicht mit dem Islam vereinbar*.

Das IZH ist kürzlich (Sept 2016) dadurch bekannt geworden, dass es seit Jahren den sogenannten *al-Quds-Tag* feiert, an dem jährlich gegen die israelische „Besetzung“ Jerusalems demonstriert wird. Es ist eine klar anti-israelische und antisemitische Veranstaltung und Vereinigung. Kein Wunder, dass sich die Jüdische Gemeinde Hamburg vom IZH bedroht fühlt.

Solchen äusserst problematischen Organisationen gibt der Senat weitgehende Rechte und macht sie dadurch erst hoffähig, was sie sonst niemals sein könnten, weil sie alles andere als demokratisch verfasst oder gar demokratisch legitimiert sind.

Die meisten Artikel des Staatsvertrages -- nämlich 3 bis 10 -- handeln von diversen Rechten, die den muslimischen Verbänden zugestanden werden. Und was bekommt die FH Hamburg dafür: Hohle Phrasen ohne glaubwürdigen Inhalt.

Ich zitiere aus Artikel 2 mit dem schönen Titel „Gemeinsame Wertegrundlagen“ (das muss man sich mal genau ansehen)

(1) Die Freie und Hansestadt Hamburg und die islamischen Religionsgemeinschaften bekennen sich zu den gemeinsamen Wertegrundlagen der grundgesetzlichen Ordnung der Bundesrepublik Deutschland, insbesondere zur Unantastbarkeit der Menschenwürde, der Geltung der Grundrechte, der Völkerverständigung und der Toleranz gegenüber anderen Kulturen, Religionen und Weltanschauungen sowie der freiheitlichen, rechtsstaatlichen und demokratischen Verfassung des Gemeinwesens. Sie sind sich einig in der Ächtung von Gewalt und Diskriminierung aufgrund von Herkunft, Geschlecht, sexueller Orientierung, Glauben oder religiöser oder politischer Anschauungen und werden gemeinsam dagegen eintreten.

(2) Die Freie und Hansestadt Hamburg und die islamischen Religionsgemeinschaften bekennen sich insbesondere zur Gleichberechtigung der Geschlechter und zur vollständigen und gleichberechtigten Teilhabe von Frauen und Mädchen am gesellschaftlichen und politischen sowie am schulischen und beruflichen Leben. Sie setzen sich für die Verwirklichung der gleichberechtigten Teilhabe von Frauen und Mädchen ungeachtet ihrer religiösen Überzeugungen an Bildung, Erwerbstätigkeit und gesellschaftlichem Leben ein und wenden sich entschieden gegen jede Art von Diskriminierung.

Wenn man von „gleichberechtigter Teilhabe von Frauen und Mädchen“ liest, könnte man ja laut loslachen, wenn es nicht so deprimierend wäre. Das Gleiche gilt für die versprochene „Ächtung von ... Diskriminierung aufgrund von Herkunft, Geschlecht, sexueller Orientierung, Glauben oder religiöser oder politischer Anschauungen“.

Wenn man einen so eklatanten Widerspruch zwischen hohlen Worten und bitterer Realität wahrnimmt, fragt man sich, wieso die Beteiligten so etwas unterschreiben konnten.

Die muslimischen Verbände konnten schon bei der Unterschrift wissen, dass sie das niemals einhalten können und wollen. Also haben sie schon damals gelogen. Wieso haben sie dennoch ..... ?? Die Antwort ist, .... weil sie den deutschen Staat für einen Waschlappen halten, der seine Ansprüche aus der deutschen Rechtsordnung -- zu der sie sich in Art. 2 Abs 1. verbal bekannt haben -- doch nicht durchsetzen würde.

Und warum hat der Hamburger Senat das unterschrieben, ?? obwohl er wissen musste, dass die Islam-Verbände sind, wie sie sind, nämlich intolerant, opportunistisch und expansionistisch, aber sicher nicht liberal und rechtsstaatlich. Hat er geglaubt, er könne den Bock zum Gärtner machen ?

Der Bürgermeister wird nun einwenden, er hätte ja nicht wissen können, dass die Türkei zur Diktatur wird und die Islam-Verbände das Anti-semitischste sind, was man sich denken kann. Wenn ich ihm das glaube, würde ich ihm immer noch sagen: ...aber jetzt wissen Sie es und jetzt ist es an der Zeit, die Islam-Verträge aufzulösen.